



## Suizidprävention endet nicht bei Krankheit und im Alter

### Pressekonferenz zum Welttag der Suizidprävention am 10. September 2014

4. September 2014

Weltweit sterben mehr als eine Million Menschen durch Suizid. Es sterben nach Angaben der WHO mehr Menschen durch eigene Hand als durch die Hand anderer - also durch Krieg, Mord oder Totschlag. Mehr als sechs Millionen Menschen leiden jedes Jahr neu durch den Verlust eines Angehörigen, Freundes, Kollegen oder Mitschülers. Diese Fakten wurden auf der Presskonferenz zum Welttag der Suizidprävention in Hamburg mitgeteilt. Am Welttag der Suizidprävention soll auf diese Fakten hingewiesen werden und die Notwendigkeit einer aktiven Suizidprävention in das öffentliche Bewusstsein gerückt werden. In Deutschland finden an diesem an verschiedenen Orten Veranstaltungen statt, unter anderem eine Veranstaltung vor dem Berliner Tor. Nähere Informationen können auf der Webseite des Welttages der Suizidprävention unter [www.welttag-suizidpraevention.de](http://www.welttag-suizidpraevention.de) abgerufen werden.

Aus aktuellem Anlass gingen die Veranstalter auf die Sterbehilfediskussion ein, Sie äußerten die Befürchtung, dass die Art und Weise der gegenwärtigen Diskussion jahrelange Bemühungen der Suizidprävention konterkarieren könnten. So konnte in den letzten Jahren die wenig hinterfragte Akzeptanz gegenüber dem Suizid älterer Menschen abgebaut und der Anspruch auch älterer suizidgefährdeter Menschen auf psychosoziale Hilfen gestärkt werden. Zur Zeit wird dagegen diskutiert, ob den Betroffenen nach einer Zurechnungsfähigkeitsprüfung ein tödliches Medikament verabreicht werden darf. Dies zeigt, wie wenig in dieser Diskussion suizidales Befinden und Verhalten verstanden wird.

Beide Experten wiesen darauf hin, dass ein Suizidwunsch auch bei schwer erkrankten und sterbenden Menschen als Hilferuf in einer hoffnungslos erlebten Situation verstanden werden kann. In dieser Situation sollte das Gespräch mit den Leidenden im Vordergrund stehen und nicht die Verabreichung tödlich wirkender Medikamente. Vor diesem Hintergrund wird auch eine Erlaubnis zum assistierten Suizid durch Angehörige oder Ärzte problematisch gesehen.

Es stelle sich die Frage ob in der aktuellen Debatte auf die Ängste der heute noch Gesunden vor dem Alter, vor schwerer Krankheit und vor Leiden angemessen eingegangen und aufgeklärt wird. Damit zu argumentieren, das mehr als 70% der Deutschen für den assistierten Suizid seien, ist „fragwürdig“, sagte Prof. Schmidtke, es könne auch „dahingehend interpretiert werden, dass die Möglichkeiten einer palliativmedizinisch leidensmindernden Sterbebegleitung und bestehende Patientenrechte der Mehrheit nicht bekannt sind“.

Viele Argumente in der Diskussion sind zu hinterfragen. „Nur äußerst wenige der 10.000 Suizide in Deutschland werden von schwer erkrankten sterbenden Mensch verübt“ stellte der Vorsitzende des Nationalen Suizidpräventionsprogramms (NaSPro), Prof. Schmidtke, klar, er äußerte sich aber sehr besorgt über die Bestrebungen, den assistierten Suizid einem legalen Rahmen zu geben und den Kreis der Betroffenen erheblich auszuweiten. Schwere Suizidversuche, wie Suizide auf Bahngleisen oder Stürze, würden auch nicht durch Sterbehilfeangebote verhindert. „Das ist eine eindeutig falsche Behauptung von Sterbehilfebürwortern die jeglicher wissenschaftlichen Grundlage entbehre“ merkte der Sekretär des NaSPro, G. Fiedler an.

Besonders wurde die gegenwärtige Praxis der Sterbehilfe kritisiert, die häufig von medizinischen Laien gefordert und ausgeübt werde, nicht dokumentiert würde und vor dem persönlichen Wertesystem der Sterbehelfer statfinde. Aus Sicht der Suizidprävention wird eine gesetzliche Regelung gefordert, die keine legale gewerbsmäßig, geschäftsmäßig oder durch Laien ausgeübte Suizidbeihilfe in Deutschland ermöglicht und den Vorrang von Therapie, Prävention und Leidensminderung in den Vordergrund.

Es sei zu hoffen, dass fragwürdige Argumente für die Sterbehilfe in der weiteren öffentlichen Diskussion des Gesetzgebungsverfahrens an Bedeutung verlieren würden.

G. Fiedler ([presse@naspro.de](mailto:presse@naspro.de))

Prof. A. Schmidtke

#### Anlage

Stellungnahme des Nationalen Suizidpräventionsprogramms für Deutschland (NaSPro) und der Deutschen Gesellschaft für Suizidprävention (DGS) zur Diskussion gesetzlicher Änderungen bezüglich eines Verbots der gewerbsmäßigen und geschäftsmäßigen Sterbehilfe.